

sondern ein „gesamtgesellschaftliches Projekt“.

Und als solches ziemlich unrealistisch. Denn es fehlt schlicht Unterstützung relevanter gesellschaftlicher Gruppen. Von den Bundestagsparteien stellt sich lediglich die Linke hinter den Vorschlag.

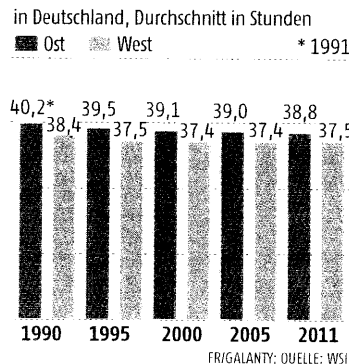
Beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) begnügt man sich mit dem Hinweis, Vereinbarungen zu Arbeitszeiten seien sehr wohl und nach wie vor Gegenstand von Tarifverhandlungen. Von einer „konzertierten DGB-Kampagne“, wie sie im Aufruf gefordert wird, will man in der Berliner Gewerkschaftszentrale schon gar nichts wissen.

Auch Einzelgewerkschaften wie die IG-Metall, die vor zehn Jahren mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche in den ost-



Eine der Unterzeichnerinnen: Linke-Vizechefin Katja Kipping. DPA

Wochenarbeitszeit



deutschen Ländern wegen mangelnder Unterstützung der Belegschaften kläglich gescheitert waren (siehe Beitrag unten), halten sich bedeckt. Man kenne das Papier nicht im Detail und wolle den Vorschlag daher nicht kommentieren, hieß es am Montag.

Dass sich an dieser Haltung etwas ändert, ist nicht zu erwarten: In der IG-Metall-Spitze gelten flächendeckende Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich schon seit langem als illusionär, Gewerkschaftschef Berthold Huber vollzog die Abkehr bereits

Nachteile für Ungelernte

„Die Zahl der Arbeitsplätze für Ungelernte sinkt seit Jahrzehnten und damit verschlechtern sich auch deren Beschäftigungschancen“, erläuterte der DIW-Wissenschaftler. Daher würden gering Qualifizierte von einer 30-Stunden-Woche kaum profitieren: Die Aufgaben der kürzer arbeitenden Fachkräfte könnten sie nicht einfach übernehmen. Im Gegenteil: Es seien vielmehr beträchtliche Nachteile für Ungelernte zu befürchten.

Brenke: „Bei vollem Lohnausgleich führen Arbeitszeitverkürzungen zu Personalabbau. Als erste müssen erfahrungsgemäß Beschäftigte ohne Abschluss gehen.“ Ein Beitrag zur Vollbeschäftigung wäre dies gewiss nicht.

FR, 12.2.13

Der missglückte Streik

2003 wollte die IG Metall im Osten kürzere Arbeitszeiten durchsetzen. Sie scheiterte kläglich

Von Peter Kirnich

Die 35-Stundenwoche für alle – sonnenklar!“ Mit diesem Aufruf bemühte sich die IG Metall im Juni 2003, streikende Arbeiter in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie bei Laune zu halten. In jenem Jahr hatte die Gewerkschaft die Mitarbeiter der Branche in den neuen Ländern aufgefordert, das durchzuboxen, was es im Westen längst gab: die 35-Stunden-Arbeitswoche. Nur hatten die IG-Metall-Funktionäre verkannt, dass die Basis gar nicht wollte. Viele Betriebe der eher mittelständisch geprägten Branche im Osten hatten es gerade geschafft, sich nach der deutschen

Einheit auf dem Markt zu etablieren. Sie konnten sich eine Reduzierung der Arbeitszeit um drei Stunden nicht leisten, zumal bei vollem Lohnausgleich. Das hätte die Kosten in die Höhe getrieben und die Wettbewerbsfähigkeit untergraben. Zumal es gerade eine Auslagerungswelle in osteuropäische Länder gab.

Die Folge: Die Streikbereitschaft war gering, die Streikbrecherquote hoch. Wenn man so will, kam es zum Streik gegen den Streik. Zwar hatte sich auf Mitgliederversammlungen die große Mehrheit für den Ausstand ausgesprochen, „doch plötzlich war die Stimmung gekippt“, berichtete ein Betriebsrat aus Hennigsdorf.

Um nachzuhelfen, griff die IG Metall tief in die Trickkiste. Mit Bussen wurden Mitarbeiter aus westdeutschen Betrieben an die ostdeutsche Streikfront chauffiert – etwa in das Getriebewerk Brandenburg. Doch der Schwindel fiel auf: „Die sind gar nicht von uns, die wurden mit Bussen hier abgesetzt“, verriet damals ein Augenzeuge und echter Mitarbeiter. Es war kein Einzelfall.

Selbst die Politik hatte in dem Tarifkampf mit einem Tabu gebrochen – und sich engagiert in den Streik eingemischt. Die damaligen Ministerpräsidenten Sachsens, Sachsens-Anhalts, Brandenburgs, Thüringens und Mecklenburg-Vorpommerns übten öffent-

lich scharfe Kritik am Ausstand: Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) appellierte an die Streikenden: „Bringt doch eure Arbeitsplätze nicht auch noch in Gefahr.“ Es gehe wahrlich um mehr als um eine etwas kürzere oder längere Arbeitszeit in der Woche.

Selbst im Online-Gästebuch der IG Metall gab es jede Menge Streikkritik: „35-Stundenwoche für alle – sonnenklar.“ Eher geht mit diesem Streik im Osten die Sonne unter“, schrieb ein Metallarbeiter, und erhielt viel Zustimmung. Nach vier Wochen brach die IG Metall den Streik ab. Die tarifliche 38-Stunden-Arbeitswoche gilt noch heute.

die EU ihre Pläne zur Wasserpriorisierung überdenkt“. Zwar ermöglichte die Initiative keine verbindlichen Mitspracherechte, sie sei aber „ein wichtiges Instrument, um von Bürgerseite Druck aufzubauen und brennende Themen auf die Agenda der EU-Kommission zu setzen“.

Die Bürgerinitiative setzt sich für den freien Zugang zur Wasser- und sanitären Grundversorgung ein und protestiert gegen die EU-Pläne zur Liberalisierung der Wasserwirtschaft. Die Pläne sehen vor, in der gesamten EU einheitliche Regeln zur Vergabe von Konzessionen für Dienstleistungen wie die Wasserversorgung zu schaffen.

Mit einer Million gesammelter Unterschriften für das Volksbegehren kann die EU-Kommission aufgefordert werden, sich mit dem Thema zu befassen. Die Unterschriftensammlung läuft noch bis zum 1. November. Neues Ziel von „Right 2 Water“ sind nun zwei Millionen Unterschriften bis September.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Christian Ude (SPD), bekräftigte seine Forderung an die EU-Kommission, die Wasserversorgung aus ihren Gesetzgebungsplänen auszuklammern. „Wir brauchen eine kommunale Wasserwirtschaft, die nachhaltig handelt und den technisch allerhöchsten Standard auch für die kommenden Generationen sichert“, erklärte der Münchner Oberbürgermeister.

Es bestehe die Gefahr, dass „bürgernahe Strukturen“ der Wasserversorgung durch die Stadtwerke verloren gingen. Qualitätseinbußen beim Trinkwasser könnten nicht ausgeschlossen werden. Zudem sei mit steigenden Preisen zu rechnen. (AFP)